

„Eine Zahlungsunfähigkeit Italiens würde Deutschland und die übrigen, finanziell soliden Euro-Staaten weit mehr kosten.“

Peter Hilpold, Universität Innsbruck

„Es besteht die Gefahr, dass die alten Konfliktlinien innerhalb der Euro-Staaten wieder zum Vorschein kommen.“

Walter Steinmair, Universität Innsbruck

CORONAVIRUS UND DIE FOLGEN

„Corona-Bonds wären gut für Europa“

INTERVIEW: Peter Hilpold und Walter Steinmair von der Universität Innsbruck über das Instrument, das derzeit die EU spaltet wie kein anderes

BOZEN. In den letzten Wochen ist massive Kritik an der EU in Bezug auf ihre unzureichenden Reaktionen betreffend die Corona-Krise geübt worden. Das scheint die Verantwortlichen wachgerüttelt zu haben. Ein Paket an Maßnahmen wurde vereinbart. Die Professoren Peter Hilpold und Walter Steinmair von der Universität Innsbruck erklären, wie die geplanten EU-Hilfen aussehen, was von Corona-Bonds zu halten ist und wo Südtirol in Zukunft ansetzen müsste.

„Dolomiten“: Wie beurteilen Sie das Maßnahmenpaket der EU der letzten Woche?

Peter Hilpold: Im Mittelpunkt steht zweifelsohne der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beziehungsweise die Ausweitung seines Anwendungsbereichs. Dieser Rettungsfonds wurde im Rahmen der europäischen Finanzkrise im Jahr 2012 geschaffen und sollte spezielle Kreditlinien für Euro-Staaten zur Verfügung stellen, die ins Straucheln geraten waren. Gleichzeitig waren mit der Kreditvergabe zahlreiche Bedingungen verbunden, die die Haushaltsdisziplin der Kreditnehmer zumindest für die Zukunft garantieren sollten. Der ESM hätte gegenwärtig 410 Milliarden Euro zur Verfügung. Der aufgestockte Fonds soll nun 240 Milliarden ohne Auflagen zur Verfügung stellen können: Für jedes Land der Eurozone soll 2 Prozent der Wirtschaftsleistung zur Verfügung stehen mit der alleinigen Bedingung, dass diese Mittel für Gesundheitsleistungen als direkte oder indirekte Folge der Corona-Krise verwendet werden. Für Italien stünden somit 35 Milliarden Euro gleich zur Verfügung. **Walter Steinmair:** Daneben ist ein Garantiefonds für Unternehmenskredite insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen, ein Programm für die Finanzierung von Kurzarbeit mit der Bezeichnung „Sure“ sowie ein Wiederaufbaufonds, ähnlich der Marshallplan-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, von der gerade Deutschland so sehr profitiert hat. **Die genauen Details dieser Maßnahmen sind aber in vielem noch offen – da besteht noch sehr viel Verhandlungsbedarf** und es besteht die Gefahr, dass die alten Konfliktlinien innerhalb der Euro-Staaten wieder zum Vorschein kommen.

„D“: Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte hat schon angekündigt, dass Italien die neuen Finanzhilfen des ESM nicht in Anspruch nehmen werde. Die Corona-Bonds sind also noch nicht vom Tisch?

Hilpold: Aufgrund der vielen offenen Punkte in dem letztlich beschlossenen Hilfspaket ist die genaue Natur dieser Hilfsmaßnahmen noch gar nicht klar. Die Corona-Bonds sind zum Kampfbegriff geworden. Um was es sich dabei handeln soll, muss erst näher bestimmt werden. Dieser Begriff steht für Maximalforderungen einiger besonders betroffener Staaten. Und die Ablehnung



Walter Steinmair: „Italiens hohe Verschuldung wird bleiben, ja sie wird noch höher werden. Hier rächt sich nun die undisziplinierte und teilweise verantwortungslose Haushaltspolitik der Vergangenheit.“

dieses Konzepts ist in einigen anderen Ländern zu einem politischen Programm geworden. Am Ende wird man sich wohl auf konkrete Hilfen einigen müssen, die wirkliche Solidarität zum Ausdruck bringen, wenngleich sie nicht unter diesem Namen laufen müssen.

„D“: Aber dieses Instrument wird auf jeden Fall mit hohen Kosten für Staaten wie Deutschland, Österreich und die Niederlande verbunden sein?

Hilpold: Nicht unbedingt. In der Substanz wäre ein solches Instrument ja nur ein Garantiemechanismus. Ein wirklicher Ressourcentransfer ist innerhalb der EU wohl kaum zu erwarten. Natürlich: Auch Garantien können kosten, wenn dadurch beispielsweise die Kreditwürdigkeit von Staaten wie Deutschland leiden würde. Das muss aber nicht sein, wenn gleichzeitig das Vertrauen in die Eurozone generell gestärkt wird. Und man muss sich schon auch Folgendes vor Augen führen: Eine Zahlungsunfähigkeit Italiens würde Deutschland und die übrigen, finanziell soliden Euro-Staaten weit mehr kosten.

„D“: Wie instabil ist Italien?

Hilpold: Die Commerzbank hat bereits in der Vorwoche die Empfehlung ausgegeben, italienische Staatsstapel zu verkaufen. Die Bank UBS rechnet mit einem Rückgang des italienischen Bruttoinlandsproduktes um 7 Prozent, Goldman Sachs sogar um 11,6 Prozent, die italienische Staatsverschuldung soll auf 155 Prozent, nach einigen Schätzungen sogar auf 160 Prozent des BIP ansteigen. Das sind natürlich nur Zahlen, keineswegs zwingende Indikatoren für einen Staatsbankrott. **Entscheidend ist das Vertrauen, das die Investoren in Italien haben. Und gerade daran muss gearbeitet werden. Corona-Bonds, oder wie immer sie auch heißen mögen, sollen dieses Vertrauen wieder herstellen.** Deutschland könnte davon in mehrfacher Hinsicht profitieren: Durch die Stabilisierung der Euro-Zone, die Stabilisierung wichtiger Exportmärkte und vielleicht könnte auch den deutschen Sparern damit geholfen werden, die häufig die Niedrigzinspolitik des ehemaligen Präsi-

denten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kritisiert haben, durch die ihre Ersparnisse nicht mehr verzinst worden sind.

„D“: Und diese Corona-Bonds könnten eine dauerhafte Lösung für Italiens Finanzen darstellen?

Steinmair: Hier muss man sehr vorsichtig sein und aufpassen, den Bürgern die Wahrheit zu sagen. Italiens hohe Verschuldung wird bleiben, ja sie wird noch höher werden. Hier rächt sich nun die undisziplinierte und teilweise verantwortungslose Haushaltspolitik der Vergangenheit. Die Sanierung des italienischen Staatshaushalts wird eine Aufgabe bleiben, der sich Italien in Zukunft stellen wird müssen. Die Corona-Krise kann nicht als Ausrede verwendet werden, die italienischen Staatsschulden zu vergemeinschaften.

„D“: Die neu aufzulegenden Schuldverschreibungen könnten aber auch in Italien an die Sparer verkauft werden?

Hilpold: Genau das wäre ein zentrales Ziel der italienischen Wirtschaftspolitik. **Da die Ersparnisse der Italiener relativ hoch sind, sollen die italienischen Kleinsparer dazu gebracht werden, verstärkt italienische Staatspapiere zu kaufen.** Diesbe-



Peter Hilpold: „Die Corona-Bonds sind zum Kampfbegriff geworden – und ihre Ablehnung in einigen anderen Ländern zu einem politischen Programm.“

züglich überlegt man sich auch, steuerliche Vergünstigungen zu schaffen, beispielsweise die 12,5 Prozent Kapitalertragsteuer weiter zu senken.

„D“: Auf der anderen Seite ist aber in Italien eine neue Diskussion über Vermögenssteuern und Solidaritätsabgaben entbrannt.

Steinmair: Man muss sich fragen, ob diese Diskussion für sich allein hilfreich ist. Vermögenssteuern haben in Italien grundsätzlich einen schweren Stand. Und selbst massive Eingriffe, so wie sie gegenwärtig diskutiert werden, würden nur ein vergleichsweise bescheidenes Aufkommen garantieren. Dasselbe gilt für Solidaritätsabgaben. Und der wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang ist: **Die Mittel zum Wiederaufbau, zur Ankerbelugung der Wirtschaft, werden sofort benötigt.** Vermögenssteuern und Solidaritätsabgaben können – wenn überhaupt – nur zeitversetzt greifen. Und all diese Maßnahmen können nur wirken, wenn auch die Ausgaben-seite unter Kontrolle gebracht wird. Es braucht eine echte „spending review“.

„D“: Wird diese Krise für die Zukunft umfangreiche Umgestaltungen nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern generell

erforderlich machen? Auch zu den Kompetenzen der Regionen zur Krisenbewältigung gibt es intensive Diskussionen...

Steinmair: Das sind ganz zentrale Punkte. Beginnen wir mit dem Föderalismus. Es ist nicht einzusehen, weshalb italienweit die Restriktionen einheitlich zur Anwendung kommen, wenn die regionalen Verhältnisse völlig unterschiedlich sind. In der Lombardei sind die Verhältnisse sicherlich extrem. Aber in Südtirol wäre wohl eine differenziertere Vorgangsweise möglich. Überhaupt sollte den Regionen in dieser Frage mehr Entscheidungskompetenz, und damit verbunden natürlich auch mehr Verantwortung, gegeben werden.

„D“: Und damit wäre wohl das Thema Sanität angesprochen.

Steinmair: Genau. Das Sanitätswesen muss teilweise neu aufgestellt werden. Es wurde ja immer wieder die Frage gestellt, weshalb es in Italien so viele Coronatote gegeben hat. Alter, Umweltverschmutzung, Zählweise: Das mögen alles Faktoren gewesen sein, die zu einer besonders dramatischen Mortalitätsrate in Italien geführt haben. Aber man muss auch offen zugeben, dass das italienische Sanitätswesen wirtschaftlich sehr schlecht auf eine außerordentliche Heraus-

forderung vorbereitet war. Es ist in vielem einfach kaputtgespart worden. Eine Partei hat eine weitere Zentralisierung der Sanität verlangt. Ich finde, genau Gegenteil ist nun gefordert.

Hilpold: Interessant ist auch, dass sich eine ähnlich dramatische Situation in Großbritannien eingestellt hat. Das italienische Sanitätswesen ist im Jahr 1978 grundlegend reformiert worden, und zwar nach dem Muster des britischen Systems mit einer starken Zentralisierung. **Die Folgen dieser Zentralisierung sind schon in den vergangenen Jahren immer wieder negativ ins Auge gestochen, man braucht nur an die Überlastung der Notaufnahme zu denken.** In anderen Ländern, wie etwa in Österreich, hat man die privat niedergelassenen Ärzte in den Mittelpunkt gestellt. Diese erbringen vielfach Leistungen wie in Italien Krankenhäuser oder Kliniken. Im Zuge der Corona-Krise konnte man vermeiden, dass die Patienten in die Krankenhäuser strömen. In Italien haben die Krankenhäuser als wahre Multiplikatoren gewirkt. In Österreich haben die Ärzte lokal die Epidemie vielfach in Schach halten können.

„D“: Überlegungen, die wohl auch für Südtirol gelten?

Steinmair: Es wäre sicherlich wichtig, für den weiteren Ausbau der Südtirol-Autonomie die Erfahrungen der Corona-Krise zu nutzen. Wir müssen nämlich eines bedenken: Gegenwärtig fordern Wirtschaft und Gesellschaft im weiteren Sinne – verständlicherweise – eine Lockerung der restriktiven Maßnahmen, und zwar differenziert nach der Dimension der Krise in den einzelnen Regionen. **Wir sollten eine stärkere Autonomie im Sanitätswesen anstreben und dieses dann vielleicht nach österreichischem Vorbild ausgestalten.** Ich glaube, in diesem Zusammenhang wäre es ganz zentral, die privat niedergelassenen Ärzte wirksamer in das Sanitätswesen einzubinden. Dann könnten wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir im Fall weiterer Krisen auch in der Wirtschaft viel weiter reichende autonome Schritte setzen können.

© Alle Rechte vorbehalten

WER LIEFERT WAS?
#suedtirolkauftlokal

Alle Shops online auf www.shopping.st

FÜR BETRIEBE: Aktivieren Sie jetzt Ihren Lieferdienst unter partner.firstavenue.it

SHOPPING